

## **Stellungnahme**

# **Zum Entwurf des Unionsrahmens für staatliche Beihilfen zur Förderung von Forschung, Entwicklung und Innovation**

**Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.**

Transparenz-Register: 1771817758-48

Stand: 08.06.2021

## 1. Einleitung

Deutschland gehört international zu den innovations- und forschungsstärksten Standorten. Die Regelungen des Unions-Beihilferahmens zur Förderung von Forschung, Entwicklung und Innovation („Unionsrahmen“) sind somit für die deutsche Industrie von hoher Relevanz. Bei der FuE-Intensität liegt Deutschland im internationalen Vergleich laut Erhebung des Stifterverbands für die Deutsche Wissenschaft auf dem achten Platz (2018). Der Beitrag der Wirtschaft liegt dabei konstant bei über zwei Dritteln. Die deutsche Industrie entwickelt sich erfolgreich auf allen Weltmärkten, ist zentraler Bestandteil hochtechnologischer internationaler Wertschöpfungsketten und anerkannter Partner in nationalen, europäischen und internationalen Kooperationen mit der Wissenschaft. Doch der globale Wettbewerb um innovative Verfahren und Produkte wird intensiver, die Zeitspanne von der Forschung bis zur Markteinführung bei vielen Produkten immer kürzer. Die deutsche Industrie steht vor entscheidenden Weichenstellungen in der technologischen Entwicklung, nicht zuletzt in Verbindung mit der digitalen Transformation. Die Innovationskraft neuer Wertschöpfungsnetzwerke und digitaler Ökosysteme gilt es gezielt zu erschließen und mit dem Domänenwissen – den klassischen industriellen Kompetenzen – und der Forschungsstärke in der Industrie erfolgreich zu verknüpfen. Dabei kommt es vor allem auf eine starke Position im internationalen Wettbewerb an: Deutsche Unternehmen müssen ihre Kompetenzen gezielt in einem fairen Wettbewerb weiterentwickeln können. Dazu braucht es auf globaler Ebene gleiche Wettbewerbsbedingungen (Level Playing Field), eine Stärkung der Resilienz unseres Wirtschaftssystems und zugleich ein klares Bekenntnis zum internationalen Freihandel.

Die Erforschung neuer Technologien und innovativer Lösungen ist auch für die Umsetzung des Europäischen Green Deals von erheblicher Bedeutung. Wie die Kommission in der Green Deal-Mitteilung selbst vorgibt, muss die großmaßstäbliche Einführung und Demonstration - wettbewerbsfähiger - neuer Technologien in allen Sektoren und im gesamten Binnenmarkt erheblich verstärkt werden und neue innovative Wertschöpfungsketten geschaffen werden, damit die EU ihren Wettbewerbsvorteil bei sauberen Technologien wahren kann. Wir stimmen der Kommission darin zu, dass es unerlässlich ist, in strategisch wichtigen Bereichen (z. B. künstliche Intelligenz und Daten, Mikroelektronik, Quantencomputer, 5G, Batterien, erneuerbare Energie, Wasserstoff, emissionsfreie und intelligente Mobilität usw.) die technologische Souveränität der EU zu fördern. Statt von der Wasserstofftechnologie könnte die Kommission in RN 6 auch etwas weiter gefasst von „Technologien für kohlenstoffarme Industrien“ sprechen. Gleichzeitig muss Innovation in allen Sektoren und Technologien gefördert werden, um die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie in der Breite zu sichern.

Zur Umsetzung der ambitionierten Vorhaben und zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie auf globaler Ebene sind klare und zukunftssichere Vorgaben zur beihilferechtlichen Förderung von F&E&I-Vorhaben unerlässlich. Der BDI begrüßt, dass die Europäische Kommission mit dem Unionsrahmen die nötigen Voraussetzungen für eine technologie neutrale Förderung von F&E&I-Vorhaben in Situationen, in denen ein Marktversagen festgestellt wird, vorlegt.

Der BDI nimmt im Folgenden zu den für die Industrie wesentlichen Punkten des überarbeiteten Unionsrahmens Stellung und regt darüber hinaus weitere Verbesserungen des aktuellen Rahmens an.

## **2. Konkrete Vorschläge für eine Überarbeitung**

### **Beschleunigung der Verfahren**

Beihilfeprüfverfahren sollten zügig durchgeführt werden, da dies die Markteinführungszeit von Forschungs- und Innovationsprojekten unmittelbar beeinflusst. Oftmals geht es um Projekte in international stark umkämpften Bereichen. Zeit ist ein wichtiger Faktor, um einen Wettbewerbsvorsprung aufbauen bzw. halten zu können. Eine Verkürzung der beihilferechtlichen Verfahren könnte demnach einen erheblichen Einfluss auf die Wettbewerbsfähigkeit der Beihilfebegünstigten haben. Insbesondere für Schlüsseltechnologien oder die Entwicklung neuer klimaneutraler Technologien sollten schnelle Verfahren ermöglicht werden. Die Kommission sollte ihren Verhaltenskodex für die Durchführung von Beihilfeverfahren in diesem Sinne weiter verbessern und eine weitere Verfahrensstraffung verankern. Hierzu gehören eine schnellere Antragsbearbeitung, digitalisierte nutzerfreundliche Prozesse sowie die Fähigkeit, schnell passende Förderprogramme für neue Technologien zu prüfen.

### **Anhebung der AGVO-Schwellenwerte**

Der BDI schlägt vor, die Schwellenwerte in der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung (AGVO), ab denen eine Förderung nicht mehr unter die AGVO fällt, sondern auf der Grundlage des Unionsrahmens zur Genehmigung angemeldet werden muss, zu erhöhen auf mindestens

- 50 Mio. EUR für Grundlagenforschung
- 25 Mio. EUR für die industrielle Forschung
- 20 Mio. EUR für die experimentelle Entwicklung.

Für Schlüsseltechnologien oder die Entwicklung neuer klimaneutraler Technologien könnte über eine zusätzliche Erhöhung nachgedacht werden. Durch diese Änderung würden die Anreize für Innovation und verstärkte Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten gestärkt und die Beihilfenkontrolle auf wesentliche Beihilfen fokussiert, von denen spürbare Wettbewerbsverzerrungen ausgehen können. Dies ist aus Sicht des BDI der richtige Ansatz, um der Bedeutung von Forschung und Entwicklung als Quelle von Innovation Rechnung zu tragen.

### Anhebung der Beihilfeintensitäten

Der BDI regt zudem an, die in Kapitel 3.2.3.2. und in Anhang II geregelten Beihilfehöchstintensitäten, insbesondere die Abstufung für industrielle Forschung und experimentelle Entwicklung, zu überprüfen. Die Grundlagenforschung allein unterstützt die Ziele der EU wie etwa die technologische Souveränität oder den durch den Green Deal vorgesehenen Übergang zu einer kohlenstoffneutralen Wirtschaft nicht hinreichend, weswegen auch die industrielle Forschung und die experimentelle Entwicklung eine höhere Beihilfenintensität sowohl für kleine und mittlere wie auch für große Unternehmen benötigen. Es muss sichergestellt werden, dass Forschungsvorhaben zur Umsetzung strategisch wichtiger EU-Ziele, wie z.B. die Umstellung auf eine kohlenstoffarme oder kohlenstoffneutrale Produktion, mit den im Unionsrahmen vorgesehenen Beihilfetatbeständen und -intensitäten effektiv umgesetzt werden können. Dies erfasst auch die Erforschung rechtlich-wirtschaftlicher Rahmenbedingungen sowie Energieforschungsprojekte zu Effizienzen und Systemdienstleistungen.

Zudem sollten FuE-Vorhaben grundsätzlich stärker gefördert werden können, da die EU eines ihrer wichtigsten Ziele, nämlich die Steigerung der Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen auf 3 % des BIP immer wieder verfehlt.

### Definition von Technologieinfrastrukturen und Innovationen

Der Entwurf des Unionsrahmens sieht neue Fördermöglichkeiten und Definitionen für den Auf- bzw. Ausbau von Technologieinfrastrukturen und für bestimmte Innovationsmaßnahmen vor. Hier sollte unbedingt die Kohärenz mit anderen beihilferechtlichen Regelungen und Förderprogrammen sichergestellt werden. Dies gilt auch für die ebenfalls anstehende Überarbeitung der Horizontal-Gruppenfreistellungsverordnungen und -leitlinien, insbesondere der F&E-Gruppenfreistellungsverordnung.

## Experimentelle Entwicklung

Die Förderung der experimentellen Entwicklung umfasst nach RN 17 k) grundsätzlich keine routinemäßigen oder regelmäßigen Änderungen an bestehenden Produkten, Produktionslinien, Produktionsverfahren, Dienstleistungen oder anderen laufenden betrieblichen Prozessen. Insbesondere um eine kohlenstoffneutrale Produktion zu erreichen, ist für die experimentelle Entwicklung jedoch künftig ein breiterer Rahmen als bislang notwendig. Daher sollte geprüft werden, ob nicht zumindest im Rahmen von Modell- und Demonstrationsvorhaben auch Änderungen und Anpassungen bereits bestehender Produkte oder Prozesse gefördert werden könnten.

## Reallabore / „Regulatory Sandboxes“

Zur Entwicklung neuartiger Technologien sollte der Beihilferahmen auch Vorschriften zur Schaffung von Reallaboren oder „regulatory sandboxes“ vorsehen, bei denen in einem klar zwischen Kommission und Mitgliedstaat definierten und zeitlich begrenzten Rahmen Ausnahmen vom Beihilferecht ermöglicht werden. Hierzu könnte im Vorfeld ein informelles gemeinsames Verständnis zwischen Europäischer Kommission und Mitgliedstaat gefunden werden. Mit Hilfe von Reallaboren können Erkenntnisse aus der Forschung rasch in die Anwendung gelangen und Anpassungen im Regulierungsrahmen erprobt und später implementiert werden. Auf diese Weise können wirksame und innovationsfreundliche Regeln geschaffen werden, die es ermöglichen, Europa als attraktiven Innovationsstandort zukunftsfest aufzustellen. Reallabore und Experimentierräume haben großes Potenzial und sollten fortlaufend weiterentwickelt werden. Die 27 EU-Mitgliedstaaten haben im Rahmen der deutschen Ratspräsidentschaft 2020 gemeinsame Ratsschlussfolgerungen zu Reallaboren und Experimentierklauseln mit konkreten Schritten zur Förderung ab 2021 beschlossen. Die Ratsschlussfolgerungen sollten zügig EU-weit umgesetzt werden.

## Auftragsforschung und Zusammenarbeit von Forschungseinrichtungen und Unternehmen

Leider hat die Europäische Kommission die Überarbeitung des Unionsrahmens 2014 bislang nicht dazu genutzt, dringend erforderliche Klarstellungen im Kapitel 2.2 („Mittelbare staatliche Beihilfen, die Unternehmen über öffentlich finanzierte Einrichtungen für Forschung und Wissensverbreitung und Forschungsinfrastrukturen gewährt werden“) vorzunehmen. In der Praxis bereiten die Abgrenzung von Auftragsforschung, Forschungsdienstleistungen und Forschungskooperationen, die Kostenermittlung sowie die Frage, wann eine Zusammenarbeit mit einer

Forschungseinrichtung tatsächlich zu einem beihilferelevanten Vorteil für ein Unternehmen führt, sowohl Unternehmen als auch Forschungseinrichtungen große Schwierigkeiten.

Aufgrund der bestehenden Rechtsunsicherheit droht ein Rückgang gemeinsamer Forschungsaktivitäten, der nicht im Sinne der Unternehmen und Forschungseinrichtungen ist und dem Anspruch, Europa zur Region der Spitzenforschung zu machen, nicht gerecht werden kann.

- Unklare Abgrenzung von Auftragsforschung, Forschungsdienstleistungen und Forschungsk Kooperationen

Der Unionsrahmen regelt in Kapitel 2.2 die Frage, inwieweit Unternehmen mittelbar staatliche Beihilfen über öffentlich finanzierte Einrichtungen für Forschung und Wissensverbreitung und Forschungsinfrastrukturen gewährt werden. Dabei unterscheidet der Rahmen zwischen einer Auftragsforschung oder Forschungsdienstleistung durch eine Forschungseinrichtung oder -infrastruktur (Kapitel 2.2.1) und der Zusammenarbeit oder Kooperation einer Forschungseinrichtung oder -infrastruktur mit Unternehmen (Kapitel 2.2.2).

Leider sind die Begrifflichkeiten nicht klar voneinander abgegrenzt und werden in den einzelnen EU-Mitgliedstaaten, aber auch innerhalb eines Mitgliedsstaates zwischen verschiedenen Hochschulen und Forschungsstätten unterschiedlich ausgelegt. So ist auf der Seite der Forschungseinrichtungen eine Tendenz zu erkennen, gemeinsame Vorhaben mit Unternehmen rechtlich und hinsichtlich der Kosten lieber als „Auftragsforschung“ zu behandeln, selbst wenn es sich technisch eigentlich um eine „Zusammenarbeit“ im Sinne von Kapitel 2.2.2. des Unionsrahmens handeln würde. Die an die Wissenschaftseinrichtungen fließenden Gelder auf Basis einer Vollkostenrechnung sind höher, was im Interesse der Forschungseinrichtungen liegen dürfte. Andererseits wird auch umgekehrt beobachtet, dass bei klaren Auftragsforschungen im Sinne von Kapitel 2.2.1. einige Hochschulen und Forschungseinrichtungen diese Vorhaben als vom Industriepartner voll finanzierte Forschungsk Kooperation auslegen, mit den entsprechenden Konsequenzen für die Regelungen bei der Inhaberschaft und Verwertung von Arbeitsergebnissen.

Die Grenzen zwischen den beiden Begrifflichkeiten sind fließend. Erforderlich wäre eine rechtsicherere Abgrenzung, z.B. in Form konkreter Beispielsfälle oder einer klaren Auslegungshilfe zum Beihilferahmen.

- Festlegung des Marktpreises/Kostenpauschalen

Die Anwendung des Begriffes des Marktpreises, wie er in Kapitel 2.2 des Unionsrahmens mehrfach verwendet wird, bereitet Probleme. Dies ist vor allem dadurch begründet, dass der Begriff nicht klar beschrieben wird und somit ein stark unterschiedliches Verständnis über den Marktpreis bei den Parteien eine Einigung erschwert. Oft will der Forschungspartner erst verhandeln, wenn eine Erfindung im Markt bereits genutzt wird. Dies ist für ein Unternehmen jedoch schwer darstellbar, unter anderem auch da ex ante nur schwer eingeschätzt werden kann, ob das Forschungsergebnis überhaupt zu realistischen kommerziellen Bedingungen vermarktet werden kann.

Eine große Spannbreite ist auch bei der Festlegung der Gemeinkosten- oder Overhead-Pauschalen durch die Forschungseinrichtungen zu erkennen. Hier weichen die durch die Wissenschaft anberaumten Kostenpauschalen für grundsätzlich vergleichbare Leistungen teilweise erheblich voneinander ab und können zu beträchtlichen Zusatzkosten für die beteiligten Unternehmen führen. Es sollte festgelegt werden, dass sich die Kostenpauschalen nur auf die jeweilige Projektleistung beziehen können (z.B. Miete, Wartung, HR) und keine projektfremden Sachverhalte (z.B. Lehre, Finanzausgleich zwischen Fachbereichen) beinhalten. Zudem sollte eine einheitliche Obergrenze für Overhead-Pauschalen, z.B. von 30 %, geprüft werden.

- Zusammenarbeit zwischen Forschungseinrichtungen und Unternehmen

Gemäß Randziffer 29 müssen sich die Beteiligten der Zusammenarbeit vor Beginn eines Kooperationsvorhabens über die wesentlichen Vertragsinhalte, die im Einzelnen beispielhaft genannt werden, geeinigt haben. Gleichzeitig wird in Fußnote 37 klargestellt, dass eventuelle Wertbestimmungen im Hinblick auf entstehende Rechte des Geistigen Eigentums davon ausgenommen sind, folglich erst zu einem späteren Zeitpunkt stattfinden können (nicht müssen). Dies gilt auch für die Wertbestimmung der einzelnen Beiträge der Partner zu dem Projekt.

Mit der Fußnote versucht die Kommission dem Problem Rechnung zu tragen, dass im Zeitpunkt des Vertragsschlusses eine Zahlung des Marktpreises für Rechte des Geistigen Eigentums, welche von der Forschungseinrichtung entwickelt und auf das Unternehmen übertragen werden, oft nicht möglich ist, da zu diesem Zeitpunkt keine solchen Rechte existieren und für diese erst recht kein Marktpreis genannt werden kann.

Aus dieser Gemengelage können für Unternehmen Nachteile entstehen. Viele Forschungseinrichtungen werden jede Vergütung für Rechte des Geistigen Eigentums im Kooperationsvertrag als eine Erstzahlung ansehen, die mit einem Nachforderungsanspruch gegen das Unternehmen zu einem späteren Zeitpunkt (wenn sich der Marktpreis ermitteln lässt) gekoppelt werden könnte. Nachforderungsansprüche – vor allem wenn sie an einen Kommerzialisierungserfolg des Unternehmens geknüpft sind – bedeuten für jedes Unternehmen einen erhöhten bürokratischen Mehraufwand und erschweren Preiskalkulationen. Insofern dürfte diese Fußnote im Falle einer Übertragung der Rechte des Geistigen Eigentums auf das Unternehmen lediglich Vorteile für die Forschungseinrichtung mit sich bringen. Hier sollte die Kommission gegensteuern und die bürokratischen Lasten für die Unternehmen verringern.

Der Beihilferahmen listet in RN 30 Fallsituationen auf, nach denen die Zusammenarbeit eines Unternehmens mit einer Forschungseinrichtung nicht als indirekte staatliche Beihilfe angesehen werden soll. Leider bleiben hier viele Fragen offen, so dass die Rechtsunsicherheit in der Praxis groß ist.

- Eine Situation, in der ein Unternehmen die vollen Kosten für ein Projekt trägt (Fallbeispiel a), wird in der Regel nicht als Kooperation, sondern als Auftragsforschung oder Forschungsdienstleistung einzustufen sein. Selbst wenn es sich bei einer solchen Konstellation um eine tatsächliche Zusammenarbeit handeln würde, ist unter diesem Punkt unklar, ob es zulässig wäre, das aus einer solchen Zusammenarbeit resultierende Recht des Geistigen Eigentums (ganz oder teilweise) dem Unternehmen zuzuordnen.
- Das nächste Beispiel (Fallbeispiel b) lässt Kooperationen zu, bei denen "Ergebnisse der Zusammenarbeit, für die keine Rechte des geistigen Eigentums begründet werden, weit verbreitet werden können und etwaige Rechte des geistigen Eigentums, die sich aus den Tätigkeiten der Forschungseinrichtungen oder Forschungsinfrastrukturen ergeben, diesen Einrichtungen vollständig zugewiesen werden". Dieser Punkt lässt die Frage offen, ob nur die von den Forschungseinrichtungen oder Forschungsinfrastrukturen erzielten Ergebnisse gemeint sind oder alle Ergebnisse einer Zusammenarbeit. Eine Situation, in der ein Unternehmen auf seine Rechte an denjenigen Ergebnissen verzichten soll, die von dem Unternehmen erzeugt wurden, oder an denen es beteiligt war, widerspricht den Regeln für einen ordentlichen Kaufmann.
- Ein Vorteil des Unternehmens im Sinne des Beihilferechtes soll auch dann nicht gegeben sein, wenn sich aus dem Vorhaben ergebende Rechte des geistigen Eigentums sowie damit verbundene Zugangsrechte den verschiedenen



Kooperationspartnern „in einer Weise zugewiesen werden, die ihrer Arbeit, ihren Beiträgen und ihren jeweiligen Interessen angemessen Rechnung tragen“ (Fallbeispiel c). Leider bleibt unklar, ob diese Aufteilung der IPRs vor Beginn der Zusammenarbeit vereinbart werden kann (oder sogar muss) oder ob diese Bewertung erst nach der Generierung der Ergebnisse erfolgen kann.

- Zu den praktischen Schwierigkeiten bei der Festlegung des üblichen Marktpreises (Fallbeispiel d) wurde bereits ausgeführt.

Unklarheiten ergeben sich in Randnummer 30 auch hinsichtlich der Frage, ob die Verwendung der Forschungsergebnisse durch ein Unternehmen als Vorteil im Sinne des Beihilferechts gewertet werden kann. In den meisten europäischen Rechtsordnungen ist es jedem Mitinhaber eines Patents erlaubt, das Patent zu nutzen, solange er die individuellen Rechte der anderen Mitinhaber nicht beeinträchtigt. Wenn eine solche Regelung zwischen einem Unternehmen und einer Forschungseinrichtung oder Forschungsinfrastruktur gilt, können beide Parteien die gemeinsame Erfindung nutzen. Dies sollte grundsätzlich keinen Vorteil für das Unternehmen darstellen, auch dann nicht, wenn das Unternehmen mehr Möglichkeiten hat, eine gemeinsame Erfindung gewinnbringend zu nutzen, als eine Forschungseinrichtung oder eine Forschungsinfrastruktur.

Die gleiche Frage stellt sich bei der Nutzung von allein generierten Ergebnissen. Wenn eine Kooperationsvereinbarung es jeder Partei erlaubt, die Ergebnisse der anderen Partei zu nutzen, ohne eine Vergütung zu zahlen, dann erhält die Forschungseinrichtung als Gegenleistung für die Einräumung ihrer Rechte an das Unternehmen das Recht, die Ergebnisse des Unternehmens zu nutzen. Auch hier sollte kein Verstoß gegen Art. 107 AEUV vorliegen, wenn die Rechte zur Nutzung aller allein generierten Ergebnisse gleich verteilt werden - selbst wenn die Forschungseinrichtungen oder die Forschungsinfrastrukturen in der Praxis weniger Möglichkeiten haben werden, solche Zugangsrechte zu monetarisieren, als ein Unternehmen. Ein möglicher Nachteil für die Forschungseinrichtungen oder Forschungsinfrastrukturen, der dadurch entsteht, dass sie nicht die gleichen Möglichkeiten haben wie die Unternehmen, führt nicht zu einem Vorteil für die Unternehmen.

Randnummer 30 sollte also dahingehend ergänzt werden, dass die Nutzung von durch die Kooperationspartner gemeinsam erarbeiteten Forschungsergebnissen keinen Vorteil für das Unternehmen darstellt und dass im Falle allein generierter Ergebnisse die Einräumung von Zugangsrechten zu diesen Ergebnissen durch das Unternehmen an die Forschungseinrichtung oder die Forschungsinfrastruktur ein Ausgleich für die Zugangsrechte ist, die die Forschungseinrichtung oder die

Forschungsinfrastruktur dem Unternehmen einräumt, und somit kein Vorteil für das Unternehmen gegeben ist.

### Internationale Dimension (Entsprechungsklausel)

Die Entsprechungsklausel in RN 98 ist in ihrer derzeitigen Form nicht praktikabel und sollte überarbeitet werden. Der Unionsrahmen sollte künftig eine praktikable Lösung für ungerechtfertigte Subventionswettläufe bereitstellen, die in begründeten Einzelfällen auch tatsächlich zum Tragen kommen kann. Es ist für die Unternehmen schlicht nicht möglich, die Anforderungen der gegenwärtigen Entsprechungsklausel zu erfüllen, da sie nicht nachweisen können, welche Beihilfen der globale Wettbewerber erhalten hat. Im Verhältnis zu Drittstaaten herrscht meist ein Informationsgefälle über die Beihilfevergabe vor, das die europäischen Unternehmen nicht überwinden können.

Es sollte auch beachtet werden, dass ein nicht in der EU ansässiger Wettbewerber zu einem Zeitpunkt in der Zukunft, nachdem in der EU Beihilfen für ein Forschungsprojekt gewährt worden sind, Beihilfen erhalten kann, die über das gewährte Maß innerhalb der EU hinausgehen. Der Beihilferahmen sollte die Möglichkeit vorsehen, die bereits gewährten Beihilfen dementsprechend aufzustocken, um Benachteiligungen „im Nachhinein“ abzumildern.

Fakt ist, dass die europäische Industrie im globalen Wettbewerb durch eine oftmals uneingeschränkte staatliche Förderung in anderen Regionen der Welt benachteiligt wird. Der BDI begrüßt in diesem Zusammenhang ausdrücklich das Vorhaben der Europäischen Kommission zur besseren Kontrolle von Drittstaatssubventionen, die sich im Binnenmarkt auswirken. Es müssen jedoch auch Lösungen gefunden werden, wie europäische Unternehmen außerhalb des Binnenmarktes im globalen Wettbewerb besser geschützt werden können.

### Anpassung der KMU-Definition / „small MidCaps“

In Hinblick auf die beihilferechtliche Förderung von KMU sollte die Europäische Kommission ihre KMU-Definition aus dem Jahr 2003 anpassen.

Es muss ohne großen Aufwand zu ermitteln sein, wer auf Grundlage der europäischen Definition als KMU einzustufen ist. Das Ergebnis muss Unternehmen und Verwaltungen gleichermaßen Planungs- und Rechtssicherheit bieten. Insbesondere die Unterscheidung zwischen eigenständigen Unternehmen und Unternehmen, die entweder als verbundene Unternehmen oder als Partnerunternehmen zu einer Gruppe gehören, gilt es rechtssicher zu formulieren.

Die Notwendigkeit zur Anpassung der finanziellen Schwellenwerte (Umsatz/Bilanzsumme) ist augenfällig. Es gilt, die Entwicklungen bei Preisen und Produktivität der letzten Jahre zu berücksichtigen. Eine vorläufige Annäherung könnte sein, die Schwellen für den Umsatz auf 100 Million Euro und für die Bilanzsumme auf 80 Million Euro zu erhöhen.

Daneben sollte auch der personelle Schwellenwert (Anzahl der Beschäftigten) angepasst werden. KMU müssen personell eine kritische Größe erreichen, um Innovationen voranzutreiben und verlässlich in Wertschöpfungsketten eingebunden zu sein / bleiben. Zu beachten ist, dass gerade arbeitsintensive Wertschöpfung einerseits Arbeitsplätze schafft, andererseits aber KMU früher über die Schwelle von 250 Mitarbeiter hebt. Sie fallen damit aus europäischer Mittelstandspolitik heraus. Gleiches gilt für schnell wachsende Unternehmen, die aufgrund ihres Erfolgs den Zugang zu finanzieller Förderung und regulatorischer Erleichterung verlieren. Die Schwelle der Beschäftigtenzahl sollte daher auf mindestens 499 angehoben werden.

Unabhängig von höheren Schwellenwerten wäre die strikte Verknüpfung der zwei finanziellen mit dem einen personellen Kriterium zu lösen. So bliebe ein Unternehmen ein KMU, wenn es nach Zahl der Beschäftigten oder nach Umsatz oder nach Bilanzsumme zwei Schwellenwerte unterschreitet. Wenn also beide finanziellen Schwellenwerte eingehalten werden, sollte es möglich sein den personellen Schwellenwert zu übersteigen, ohne den KMU-Status zu verlieren. Genauso bliebe der KMU-Status erhalten, wenn beide finanziellen Schwellenwerte überschritten und der personelle Wert eingehalten werden. Wichtig wäre auch, dass über die Schwellenwerte hinauswachsende Unternehmen den KMU-Status nicht nach zwei Geschäftsjahren verlieren, sondern diese Periode angemessen ausgeweitet wird.

Wenn bei KMU die Schwelle der Beschäftigtenzahl bei 249 bleiben sollte, sollten über KMU hinaus ergänzend mindestens auch Unternehmen mit bis zu 499 Beschäftigten („small MidCaps“) als eigene Kategorie positiv berücksichtigt werden. Gerade diese Unternehmen sind oft grenzüberschreitend aktiv und können aufgrund steter Anstrengungen etwa für Innovation bei Prozessen und Produkten sowie für strategische Internationalisierung erheblich dazu beitragen, europäische Ziele hinsichtlich Industrie, Klima oder Handel zu erreichen. Aus guten Gründen berücksichtigen die neue europäische Agentur für Sprunginnovationen „EIC“ in Horizont Europa, das Instrument „EFSI“ und das Förderprogramm „InvestEU“ oder auch die Leitlinien für staatliche Beihilfen zur Förderung von Risikofinanzierungen diese Kategorie bereits.

## **Über den BDI**

Der BDI transportiert die Interessen der deutschen Industrie an die politisch Verantwortlichen. Damit unterstützt er die Unternehmen im globalen Wettbewerb. Er verfügt über ein weit verzweigtes Netzwerk in Deutschland und Europa, auf allen wichtigen Märkten und in internationalen Organisationen. Der BDI sorgt für die politische Flankierung internationaler Markterschließung. Und er bietet Informationen und wirtschaftspolitische Beratung für alle industrierelevanten Themen. Der BDI ist die Spitzenorganisation der deutschen Industrie und der industrienahen Dienstleister. Er spricht für 40 Branchenverbände und mehr als 100.000 Unternehmen mit rund acht Mio. Beschäftigten. Die Mitgliedschaft ist freiwillig. 15 Landesvertretungen vertreten die Interessen der Wirtschaft auf regionaler Ebene.

## **Impressum**

Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (BDI)  
Breite Straße 29, 10178 Berlin  
[www.bdi.eu](http://www.bdi.eu)  
T: +49 30 2028-0

## **Ansprechpartner**

Nadine Rossmann  
Senior Manager Abteilung Recht, Wettbewerb und Verbraucherpolitik  
Telefon: +32 2 792-1005  
[n.rossmann@bdi.eu](mailto:n.rossmann@bdi.eu)

Dr. Ulrike Suchsland  
Referentin Abteilung Recht, Wettbewerb und Verbraucherpolitik  
Telefon: +49 30 2028-1408  
[u.suchsland@bdi.eu](mailto:u.suchsland@bdi.eu)

BDI Dokumentennummer: D 1394